

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 15.01.2025
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:06 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach,
Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Björn Kornmüller

FDP / Liberale Liste Karlsbad

Herr Alexander Hofferer

Freie Wähler

Frau Heike Christmann

Herr Andreas Kunz

Frau Heidi Ochs

Herr Philipp Walch

Herr Ortsvorsteher Michael Wenz

CDU

Herr Günter Denninger

Herr Jürgen Dummler

Frau Tabea Erdmann

Frau Jana Daniela Konstandin

Herr Ortsvorsteher Steffen Langendörfer

Frau Tina Nonnenmann

Herr Roland Rädle

SPD

Frau Gisela Baral

Herr Manuel Haas

Herr Reinhard Haas

Herr Ortsvorsteher Michael Nowotny

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Sabine Kronenwett

Frau Eva Kübler

Frau Simone Rausch

Herr Uwe Rohrer

Frau Dr. Susanna Vollmer

Protokollführer

Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung

Frau Sarah Esaias

Frau Petra Goldschmidt

Herr Joachim Guthmann

Herr Benedikt Kleiner
Herr Ronald Knackfuß

Sachverständige

Herr Gesamtkommandant Feuerwehr zu TOP 3/4

Karlsbad Holger Fuhr

Michael Ott von der Landessiedlung zu TOP 5

(LSBW) und Gabriel Di Talia von „WEBW
Neue Energie“

Abwesend:

FDP / Liberale Liste Karlsbad

Herr Hans-Gerhard Kleiner – e -

Freie Wähler

Herr Otto Höger – e -

Herr Ortsvorsteher Joachim Karcher – e -

Herr Karl-Heinz Ried – e -

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**
- 2 **Fragen der Gemeinderäte**
- 3 **Beratung und Beschlussfassung über die
Auftragsvergabe Einsatzleitwagen (ELW1) für die
Feuerwehr Karlsbad
Vorlage: 10/1712/2024**
- 4 **Beratung und Beschlussfassung- Teilnahme an der
Sammelausschreibung des Landes Baden- Württemberg
zur Beschaffung von zwei Löschgruppenfahrzeugen (LF
10) für die FFW Karlsbad (Abt. Auerbach und Abt.
Mutschelbach)
Vorlage: 10/1764/2025**
- 5 **Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften
"Photovoltaikfreiflächenanlage Hamberg" in Karlsbad-
Spielberg
a) Abwägung über die Stellungnahmen
b) Fassen des Satzungsbeschlusses
Vorlage: 60/1463/2023/2**

- 6 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche -
Karlsruher Straße 6 u. 8
Bauantrag: Neubau Mehrfamilienhaus mit 14
Wohneinheiten
Grundstück: Karlsruher Straße 6 u. 8, Spielberg, Flst.Nr.
33, 34
Vorlage: 60/1560/2023/2**
- 7 **Beratung und Beschlussfassung über Vergaben zur
Breitbanderschließung
Ermächtigung des Bürgermeisters Björn Kornmüller bei
Vorlage der Ergebnisse der europaweiten Ausschreibung
für den Ortsteil Spielberg, alle zur Auftragsvergabe
notwendigen Entscheidungen umsetzen zu können
Vorlage: 60/1760/2024**
- 8 **Beratung und Beschlussfassung über überplanmäßige
Ausgaben im Bereich Unterbringung Asylbewerber und
Flüchtlinge sowie Vernetzung der Schulen (Twisted)
Vorlage: 10/1763/2024**
- 9 **Genehmigung von Protokollen**
- 10 **Fragen der Zuhörer**
- 11 **Verschiedenes**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 10.12.2024 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 23 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 12.12.2024 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Reinhard Haas, Heike Christmann, Roland Rädle, Uwe Rohrer

zu 1 Bekanntgaben

Keine aus nichtöffentlicher Sitzung.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

GR Reinhard Haas (SPD) sagt, dass eine gemeindlicherseits untergebrachte Person in Karlsbad-Spielberg sich verbal so verhalten habe, dass Kinder aus der Kernzeitbetreuung verängstigt wurden. Die Kernzeitbetreuerin habe sie vom Platz verwiesen. Dieses Verhalten wiederhole sich immer wieder und die Situation sei auch der Verwaltung bekannt. Er will wissen, ob es eine Lösung dafür gibt, auch wenn die Thematik kompliziert sei. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner erläutert, dass Personen nicht einfach zwangseingewiesen werden könnten. Möglicherweise gibt es eine Lösung nach Ablauf einer Rechtswegfrist Ende Januar. Beim Umsetzen der Person innerhalb von Karlsbad werde das Problem nur verlagert. Der Vorsitzende bestätigt, dass die Handlungsmöglichkeiten der Kommune begrenzt seien und das Thema schon seit Monaten existiere.

GRin Heike Christmann (Freie Wähler) will wissen, in welcher Art die 30-er-Zone in der OD Ittersbach kommt. HAL Kleiner antwortet, dass diese beantragt sei. Er klärt, wie der Sachstand ist und berichtet.

GRin Gisela Baral (SPD) will wissen, wie sich eine zusätzliche Bepflanzung auf einer gemeindlichen Fläche auf dem autobahnnahen Grundstück in Mutschelbach lärmtechnisch auswirkt. Joachim Guthmann antwortete, dass das Ingenieurbüro Köhler und Leutwein um eine kurze lärmtechnische Stellungnahme gebeten wurde. Sobald diese vorliegt wird der Gemeinderat informiert.

zu 3 Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe Einsatzleitwagen (ELW1) für die Feuerwehr Karlsbad Vorlage: 10/1712/2024

Der Vorsitzende begrüßt Feuerwehrangehörige sowie den Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Karlsbad, Holger Fuhr. Dieser nimmt am Sitzungstisch Platz.

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag.

Das Ausschreibungsverfahren läuft bereits seit April 2023. Zunächst wurde interkommunal (Karlsbad, Waldbronn und Malsch) ausgeschrieben. Da diese Ausschreibung unwirtschaftlich war (Preis zu hoch) wurde sie im Dezember 2023 aufgehoben. Auf die dann folgende, europaweite Ausschreibung nur für Karlsbad ging im Juni 2024 kein Angebot ein. Daraufhin startete die Verwaltung im Oktober 2024 ein Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb. Im November 2024 ging nur ein Angebot ein. Die Summe betrug 370 336 €. Diese ist weit über dem geschätzten und bereits angepassten Auftragswert von 330.000 €. Allerdings umfasste dieses Angebot zahlreiche Alternativpositionen. Es wurde rechtlich geprüft. Dann fand am 17.12.2024 ein Termin zusammen mit Feuerwehrangehörigen, Kommandant und Firmenvertretern statt. Die Freiwillige Feuerwehr

Karlsdorf- Neuthard hat ein Referenzfahrzeug, das im November 24 ausgeliefert wurde. Dieses Fahrzeug wurde besichtigt.

Gemeinsam erarbeiteten die Gemeinde- und Feuerwehrvertreter gleichwertige Lösungen zum Angebot. Dabei wurden die Alternativpositionen und Bauweise des Herstellers berücksichtigt. Im Ergebnis waren alle erfolgreich. Das festgelegte technische Paket entspricht den Anforderungen und Standards der Ausschreibung. Auch die Ausstattung wird erfüllt. Das überarbeitete Angebot schließt mit einem Preis von 288 878 €. Es ist deutlich günstiger als der alte Preis von 370 336,93€. Grundlegende Dinge wie Fahrgestell, Kommunikationssysteme, Form, Anzahl und Ausstattung der Funkplätze o.ä. sind nicht komplett verändert oder gestrichen worden. Lediglich die Energieversorgung im Betrieb des Fahrzeugs kann nun durch die Bauweise des Herstellers ohne externe Einspeisung realisiert werden. Das bedeutet Platz bei Beladung und Einsparung bei Zusatzbeladungen. Die Bauzeit liegt bei voraussichtlich – derzeit üblichen - ca. 2 Jahren.

Die Verwaltung, so der Vorsitzende, bedankt sich ausdrücklich bei der Feuerwehr Karlsbad für den erheblichen zeitlichen Aufwand. Dies gilt gleichfalls für die konstruktive und fachliche Mitarbeit bei der Beschaffung dieses Fahrzeuges.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge den Zuschlag für den Einsatzleitwagen (ELW 1) an die Firma BOS Systeme GmbH und Co KG, Haren zum Preis von 288 878,00 € erteilen

einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 4 Beratung und Beschlussfassung- Teilnahme an der Sammelausschreibung des Landes Baden- Württemberg zur Beschaffung von zwei Löschgruppenfahrzeugen (LF 10) für die FFW Karlsbad (Abt. Auerbach und Abt. Mutschelbach) Vorlage: 10/1764/2025

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag.

Er erläutert u.a., dass im Haushalt 2025/2026 gemäß der Feuerwehrkonzeption für die Feuerwehr Karlsbad, Abteilungen Auerbach und Mutschelbach, jeweils ein Löschfahrzeug vom Typ LF 10 zur Ersatzbeschaffung aufgenommen worden ist. Damit werden die vorhandenen LF 8/6 nach 25 Jahren ersetzt. Das LF 10 ist das Standardlöschfahrzeug in Baden-Württemberg. Sein Einsatzzweck ist u.a. Brandbekämpfung, das fördern von Wasser und einfache technische Hilfe.

Beschaffung über Landes Ausschreibung

Neu sei, dass es erstmalig möglich ist, Fahrzeuge gemeinsam mit dem Land zu beschaffen. Dies bringt etliche Vorteile: weniger Bürokratie, Kostenersparnis und geringerer Verwaltungsaufwand. Auch ein einheitlicher, hoher technischer Standard ist gewährleistet. Durch größere Stückzahlen (50-60 Fahrzeuge bei Bestellung durch das Land) sinken die Kosten. Außerdem gewährt das Land eine erhöhte Zuwendung. Die Kosten für die Ausschreibung, technische Erstellung der Ausschreibung, Beratung und Betreuung etc. werden komplett vom Land übernommen.

Verfahren

Die Gemeinde ist nach erfolgreichem Abschluss die Auftraggeberin. Sie muss verbindlich zusagen, die Fahrzeuge abzunehmen. Der Förderantrag ist bis 15.2.2025 zu stellen. Diejenigen Gemeinden die im Programm sind, könnten sehr sicher sein, dass sie auch die Fahrzeuge bekommen. Das Innenministerium schreibe zentral aus. Die Gemeinde müsse einen Ansprechpartner benennen. Sie wird in das Verfahren eingebunden bezüglich Beladung, Rohbau und Endabnahme.

Sammelbeschaffung

Das Land geht von einem Stückpreis von 550 000 € aus. Ein Fahrzeug wird mit 182 000 € gefördert. Wenn die Gemeinde dies selbst beschafft, entfällt die Förderung. Ausnahmen seien fast nicht möglich. Das Land rechne mit einer Auslieferung mit 2027. Kleiner bewertet dies als optimistisch. Die Fahrzeuge entsprechen dem technischen Standard der Freiwilligen Feuerwehr Karlsbad. Die Gemeinde könne in einem begrenzten Rahmen die zusätzliche Beladung bestimmen. Dies reiche aus. Die Beschaffung sei mit den Feuerwehrabteilungen besprochen.

Kommandant Holger Fuhr ergänzt, dass mit dieser Fahrzeugbeschaffung der Investitionsstau abgearbeitet sei.

GR Reinhard Haas (SPD) bewertet die Vorgehensweise als erfreulich. Auf seine Nachfrage erläutert Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner, dass es einen Markt für gebrauchte Feuerwehrfahrzeuge gibt, die alten Fahrzeuge werden verkauft, sobald die neuen Fahrzeuge ausgeliefert und in Dienst gestellt werden.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge die Teilnahme der Gemeinde Karlsbad an der Gemeinsamen Beschaffung des Landes Baden- Württemberg für zwei Löschfahrzeuge des Typs LF10 beschließen.

einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- zu 5 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften**
"Photovoltaikfreiflächenanlage Hamberg" in Karlsbad-Spielberg
a) Abwägung über die Stellungnahmen
b) Fassen des Satzungsbeschlusses
Vorlage: 60/1463/2023/2

Der Vorsitzende führt kurz in den Sachverhalt ein.

Michael Ott von der Landessiedlung (LSBW) und Gabriel Di Talia von „WEBW Neue Energie“ halten Sachvortrag. Die WEBW möchte eine Photovoltaik-Anlage einschließlich der hierfür benötigten Nebeneinrichtungen und Infrastruktur auf dem Grundstück „Hamberg“ in Karlsbad-Spielberg errichten. Die Fläche ist 9,7 Hektar groß. Der Betrieb der PV-Anlage auf dem Grundstück ist auf mindestens 20 Jahre ausgelegt. Danach soll die Anlage vollständig

zurückgebaut und die Fläche wieder landwirtschaftlich nutzbar sein. Es handelt sich um eine Freiflächen-Photovoltaikanlage. Die Module sind drei Meter hoch und haben 0,8 Meter Abstand vom Boden. Darunter wird Grünland eingesät. Die Anlage soll in der Spitze neun Megawatt Strom liefern. Dieser wird vor Ort ins Netz eingespeist. Aus der Ferne – Schwanner Warte – sei die Anlage kaum wahrzunehmen. Außerdem wird sie durch eine Hecke zum Wald hin optisch abgeschirmt. Der Eingriff in die Natur soll auch durch eine Ausgleichsfläche minimiert werden. U.a. werden vorhandene Birnenbäume in der Mitte mit einer Heckenfläche darum ergänzt. Diese Fläche bleibt dauerhaft bestehen. Bei der öffentlichen Auslegung des Planentwurfs gab es keine wesentlichen Einwände.

Der Teilregionalplan Solarenergie des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein befindet sich derzeit im Verfahren. Im bisherigen Regionalplan stehen der geplanten Nutzung noch Ziele entgegen. Im vorgenannten Verfahren wird dieser Zielkonflikt durch die Ausweisung einer Vorrangfläche gelöst. Da der Abschluss des Verfahrens erst Ende 2025 erwartet wird, wurde parallel ein Zielabweichungsverfahren beim Regierungspräsidium Karlsruhe beantragt. Dadurch soll ein früherer Baubeginn ermöglicht werden.

Diskussion im Gemeinderat

GR Reinhard Haas (SPD) hofft, dass das Thema baldmöglichst zum Abschluss kommt. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) erkundigt sich nach der Bürgerbeteiligung. Di Talia erklärt, dass diese eingeplant, aber noch nicht alle Details bekannt sind. GRin Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne) fragt nach Ausgleichsflächen für die Landwirtschaft. Joachim Guthmann informiert, dass es diese gibt und sie auch bereits akzeptiert sind. GR Roland Rädle (CDU) spricht von einer wertvollen Nutzung für die Zukunft auch wenn die Flächen für die Landwirtschaft nicht zur Verfügung stehen. Ein Speicher ist aktuell in Planung, so die Antwort auf eine Nachfrage von GR Michael Nowotny (SPD)

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle:

- a) sich den Abwägungsvorschlag zu eigen machen und diesen beschließen.
- b) den Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften „Photovoltaikfreiflächenanlage Hamburg“ als Satzung beschließen.

mehrheitlich beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

zu 6 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Karlsruher Straße 6 u. 8
Bauantrag: Neubau Mehrfamilienhaus mit 14 Wohneinheiten
Grundstück: Karlsruher Straße 6 u. 8, Spielberg, Flst.Nr. 33, 34
Vorlage: 60/1560/2023/2

Nach einer kurzen Einführung durch den Vorsitzenden erläutert H. Guthmann das Thema anhand der Vorlage.

Das Vorhaben befindet sich im unbeplanten Innenbereich von Karlsbad-Spielberg und ist daher nach § 34 BauGB zu beurteilen. Es gab bereits zwei vorhergehende Planvarianten. Die ursprüngliche Planung sah zwei Baukörper mit 12 Wohneinheiten und Garagen und Stellplätzen im vorderen Grundstücksbereich vor.

Nachdem der Bauherr das Flst. 2949/1 dazukaufen konnte, sollte das nordöstliche Gebäude rückwärtig über dieses Grundstück verlängert werden. Damit sollten 15 Wohneinheiten errichtet werden. Kritisch wurde hier jedoch insbesondere die rückwärtige Bautiefe gesehen. Nun liegt eine dritte Planung vor. Diese hält wieder die ursprüngliche Bautiefe ein. Der nordöstliche Gebäudeteil wird nun aber etwas nach vorne, zur Straße verlängert. Dieser Teil ist mit Dachterrasse vorgesehen. Insgesamt sollen nun 14 Wohneinheiten errichtet werden. Das gemeinsame Treppenhaus wird komplett offen, als eine Art „Laubengang“ gestaltet werden, sodass beide Gebäude nicht als ein großes wirken.

Statt den ursprünglichen Doppelparker-Garagen im vorderen Grundstücksteil, soll nun eine Tiefgarage mit 19 Stellplätzen errichtet werden und oberirdisch weitere 9 Stellplätze, sodass entsprechend der Stellplatzsatzung (alle WE über 75 m²) 2 Stellplätze pro Wohneinheit vorgesehen sind.

Aus Sicht der Verwaltung ist das Vorhaben nun bauplanungsrechtlich genehmigungsfähig. Sowohl die Bautiefe als auch die überbaute Grundstücksfläche und die Höhenentwicklung fügen sich nach § 34 BauGB im Vergleich in die nähere Umgebungsbebauung ein.

Das Vorhaben wurde am 04.12.2024 im Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt vorberaten, dabei wurde eine positive Beschlussempfehlung ausgesprochen. Zudem erfolgt eine weitere Vorberatung im Ortschaftsrat Spielberg. Dieser habe keinen Beschluss gefasst. Durch den massiven Baukörper sieht das Gremium teilweise kritische Bereiche z.B. für die Kinder um verkehrssicher zum Kindergarten kommen zu können. GR Jürgen Dummler (CDU) sieht das Kernproblem direkt an der Ausfahrt vom Grundstück. Ein Zebrastreifen wäre hier gut. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner nimmt dies zum prüfen auf. Er verweist jedoch darauf, dass zum nächsten Zebrastreifen ausreichend Abstand vorhanden sein muss, und sich bereits im Bereich Dobelstraße/Rathausplatz der nächste Fußgängerüberweg in unmittelbarer Nähe befindet.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle das Gemeindeeinvernehmen zu dem geplanten Bauvorhaben erteilen.

mehrheitlich beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

**zu 7 Beratung und Beschlussfassung über Vergaben zur Breitbanderschließung
Ermächtigung des Bürgermeisters Björn Kornmüller bei Vorlage der
Ergebnisse der europaweiten Ausschreibung für den Ortsteil Spielberg, alle
zur Auftragsvergabe notwendigen Entscheidungen umsetzen zu können
Vorlage: 60/1760/2024**

Ortsbaumeister Ronald Knackfuß hält Sachvortrag anhand der Vorlage.

Er erläutert u.a., dass Karlsbad Teil der Interkommunalen Zusammenarbeit zum Thema Breitbandausbau im Landkreis Karlsruhe (IKZ) ist. In diesem Rahmen wird zusammen mit der dafür eigens gegründeten Breitbandkabel Landkreis Karlsruhe GmbH (BLK) seit 2014 der Breitbandausbau im Landkreis Karlsruhe mit den Bundes- und Landesbreitbandförderungen umgesetzt.

In allen Ortsteilen liegt bereits umfangreich kommunale Glasfaserinfrastruktur. Es ist jedoch noch kein Ortsteil flächendeckend mit Glasfaserkabeln versorgt. Zur Verbesserung der

Breitbandversorgung im Gemeindegebiet schloss sich die Gemeinde Karlsbad der Interkommunalen Zusammenarbeit zum Thema Breitbandausbau im Landkreis Karlsruhe (IKZ) an. Ziel der IKZ ist es, dort, wo kein privates Telekommunikationsunternehmen die für eine ausreichende Breitbandversorgung notwendige Infrastruktur oder Leistung bereitstellt, die Daseinsvorsorge der Breitbandversorgung sicherzustellen.

Der Landkreis wurde beauftragt, die Ausschreibung des Breitbandausbaus für den Ortsteil Spielberg durchzuführen.

Zur Beschleunigung der Verfahrensabwicklung soll der Bürgermeister ermächtigt werden, dem im Rahmen der EU-weiten Ausschreibung hervorgegangenen technisch-wirtschaftlichsten Angebot für den FTTB/H-Ausbau in dem Ortsteil Spielberg zuzustimmen. Dies beinhaltet weiterhin die Ermächtigung des Bürgermeisters zur Zustimmung eines finalen Förderbescheides.

Das Ausschreibungsverfahren für den Ortsteil Spielberg ist kürzlich erfolgt. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 08.05.2024 Bürgermeister Kornmüller ermächtigt, alle weiteren Schritte zur Beauftragung des Landkreises Karlsruhe/BLK – analog der Ortsteile Auerbach und Mutschelbach in die Wege leiten zu können – das Landratsamt Karlsruhe/BLK GmbH hat die Ausschreibung für das Gebiet in Spielberg, für die Gemeinde Karlsbad veröffentlicht und durchführt.

Laut Ausschreibung und Bietergespräch vom 12.11.2024 liegen die jetzigen Ausbaukosten in Spielberg bei 3.905.836,55 € (netto). Dabei ist zu beachten, dass die Gemeinde selbst 10 % der Gesamtkosten zu tragen hat - diese belaufen sich nach derzeitigen Prognosen in Spielberg auf rd. 390.583,65 € (netto).

Es werden keine Rückfragen gestellt.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat ermächtigt Bürgermeister Björn Kornmüller, bei Vorlage der Ergebnisse der europaweiten Ausschreibung für den Ortsteil Spielberg alle zur Auftragsvergabe notwendigen Entscheidungen umsetzen zu können.

einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 8 Beratung und Beschlussfassung über überplanmäßige Ausgaben im Bereich Unterbringung Asylbewerber und Flüchtlinge sowie Vernetzung der Schulen (Twisted) Vorlage: 10/1763/2024

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Er erläutert u.a. zum Sachverhalt folgendes:

a) Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge

Der Gemeinderat hat bereits überplanmäßige Ausgaben für den Bereich der Mieten, Pachten und Nebenkosten bei der Anschlussunterbringung in Höhe von 150.000 EUR beschlossen. Nun haben sich auch die Energiekosten in diesem Bereich deutlich über den Haushaltsansatz entwickelt. Geschuldet sei das dem größeren Wohnraumbedarf und der Anmietung weiterer Objekte. Daher wird eine weitere überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 40.000 EUR erforderlich.

b) Schulvernetzung (Twisted)

Im Rahmen der Jahresendabrechnung wurden aktuell die verfügbaren Mittel durch die IT und das Rechnungsamt erneut überprüft. Vorvorbehaltlich der bisher eingegangenen und absehbaren Rechnungen aus 2024 wurde keine Mittelüberschreitung festgestellt.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Mitglieder des Gemeinderates mögen die überplanmäßige Ausgabe

a) über 40.000 EUR im Bereich der Unterbringung Asylbewerber
lt. den Ausführungen in der Vorlage beschließen.

einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 9 Genehmigung von Protokollen

Es sind keine Protokolle zu genehmigen.

zu 10 Fragen der Zuhörer

Keine.

zu 11 Verschiedenes

Nichts.

gez. Björn Kornmüller
Vorsitzender

gez. Hans-Dieter Stößer
Protokollführer/in

Gemeinderätin Heike Christmann
Urkundsperson

Gemeinderat Reinhard Haas
Urkundsperson

Gemeinderat Roland Rädle
Urkundsperson

Gemeinderat Uwe Rohrer
Urkundsperson